

J4 Freistaat statt Überwachungsstaat, Pogo statt PAG!

Antragsteller*in: Jusos Thüringen
Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 In der aktuellen Legislatur will die Brombeer-Koalition das Thüringer
2 Polizeiaufgabengesetz (PAG) novellieren. Das Polizeirecht bewegt sich stets in
3 einem sensiblen Spannungsfeld zwischen Eingriffsbefugnissen der Polizei und
4 Grundrechtseingriffen der betroffenen Bürger:innen. Es braucht eine sorgfältige
5 Abwägung zwischen Eingriffsmaßnahmen und Grundrechtsschutz, zwischen Sicherheit
6 und Freiheit. Diese Abwägung ist zentrales Kernelement unseres demokratischen
7 Rechtsstaats. Eingriffsbefugnisse dürfen nie nur aus der Perspektive und
8 Binnenlogik der Sicherheitsbehörden erlassen werden. Der verfassungsrechtlich
9 gewährleistete Grundrechtsschutz der Bürger:innen steht stets an erster Stelle.

10 Polizeiliche Befugnisse müssen deswegen stets dem verfassungsrechtlichen
11 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Demnach müssen sie zur Gefahrenabwehr
12 erforderlich, geeignet und angemessen sein.

13 Der nun vorliegende Entwurf des Innenministeriums zum PAG steht mit diesem
14 Grundsatz nicht in Einklang. Durch die Einführung neuer, sehr
15 eingriffsintensiver Maßnahmen werden die Eingriffsmöglichkeiten in die private
16 Freiheit der Menschen tiefgreifend erweitert. Durch die Vorverlagerung
17 polizeilichen Handelns im Rahmen der Gefahrenabwehr werden polizeiliche
18 Befugnisse unverhältnismäßig weit in die private Lebenssphäre der Bürger:innen
19 ausgeweitet.

20 Die Notwendigkeit der Eingriffe, ihre Verhältnismäßigkeit und damit ihre
21 verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit werden vom Entwurf nicht dargelegt.

22 Wir erkennen die Notwendigkeit der Novellierung des Thüringer
23 Polizeiaufgabengesetzes an, denn tatsächlich steht die Thüringer Polizei vor
24 anderen Herausforderungen als zur Erstverabschiedung im Jahr 1992. Dennoch
25 stellen die Veränderungen in der Polizeiarbeit keinen legitimen Grund dar, einen
26 Überwachungsstaat durch die Hintertür zu errichten. Wir fordern daher die
27 Landesregierung auf, sich von den im bisherigen Gesetzentwurf angelegten
28 Maßnahmen zu distanzieren. Insbesondere die folgenden Aspekte lehnen wir vor dem

Hintergrund der ernstzunehmenden Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit kategorisch ab:

1. Einführung präventiv polizeilicher elektronischer Fußfesseln
2. Einführung von KI-gestützte Video-Kameras im öffentlichen Raum
3. Einführung von Elektroschockwaffen
4. Einführungen von Meldeauflagen in Verdachtsfällen
5. Einführung von digitaler Rasterfahndung
6. Einführung von Gesichtserkennung und Stimmenabgleich
7. Einführung von Kennzeichenüberwachung

1. Einführung präventiv polizeilicher elektronischer Fußfesseln

Die Landesregierung plant die Einführung der Aufenthaltsüberwachung mittels elektronischer Fußfesseln. Durch sie sollen Beschuldigte einer Straftat, also Menschen, gegen die ein Verdacht der Begehung einer Straftat besteht, überwacht werden können.

Die Fußfesseln sollen 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche die Überwachung über eine Dauer von 14 Tagen bis drei Monaten ermöglichen. Durch diese Maßnahme wird massiv in das Grundrecht auf Freiheit der Person aus Art. 2 Abs. 2 GG eingegriffen. Die betroffene Person verliert durch die Maßnahme ihre Privatsphäre, es wird in die Bewegungsfreiheit eingegriffen und all das, ohne dass ein Urteil oder ein Schuldnachweis vorliegt. Es wird dadurch eine strafähnliche Sanktion gegen die Person erlassen, ohne dass ein Richtervorbehalt vorgesehen ist. Damit steht die Anwendung der Maßnahme allein im Ermessen der Polizeibeamten.

Die Landesregierung führt in der Begründung zwar aus, dass diese Maßnahme der Bekämpfung von partnerschaftlicher Gewalt dienen soll, macht aber gleichzeitig klar, dass es dabei nicht um den alleinigen Anwendungsbereich der Maßnahme handelt. So droht eine hohe Missbrauchsgefahr, gegen die keine effektive Verhinderungsmöglichkeit besteht. Das darf im demokratischen Rechtsstaat nicht möglich sein!

Weiterhin ist nicht klar, inwiefern die Maßnahme zur Bekämpfung von partnerschaftlicher Gewalt überhaupt geeignet ist. Wir stehen hinter dem Ziel,

partnerschaftliche Gewalt zu bekämpfen und alle politischen Mittel zu ergreifen, um dies zu erreichen. Die Einführung der elektronischen Fußfessel, wie sie nach dem PAG erfolgen soll, kann die Erfolge ihres spanischen Vorbilds allerdings nicht erreichen. Während das „spanische Modell“ die betroffene Person darüber informiert, wo sich die gewalttätige Person aufhält und dem Opfer so die Möglichkeit einräumt, diese Orte zu meiden und die Sicherheitsbehörden bei Annäherungsversuchen frühzeitig zu informieren, sieht das Thüringer Modell eine solche Information der betroffenen Person eben nicht vor. Es gibt keine direkte Warnung an die betroffene Person, sondern nur an die zuständige Polizeidienststelle, die im schlimmsten Fall nicht rechtzeitig zur Hilfe kommen kann. Damit dient die Fußfessel nicht der effektiven Gewaltprävention im Rahmen von partnerschaftlicher Gewalt, sondern ist vielmehr einem trügerischen Sicherheitsversprechen.

2. Einführung KI-gestützter Video-Kameras im öffentlichen Raum

Wir stehen entschieden gegen die Einführung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Wie nationale und internationale Studien belegen, leistet Videoüberwachung keinen nachhaltigen Beitrag zur Steigerung der Sicherheit an den überwachten Orten und stellen keinen verlässlichen Indikator für die Kriminalitätslage oder zur Kriminalitätsprävention dar. Sie schaffen es nicht einmal, das Sicherheitsempfinden der Menschen vor Ort in nennenswerter Weise zu steigern. Videoüberwachung ermöglicht außerdem keine schnelle Reaktion bei Übergriffen. Stattdessen werden tagtägliche Tausende verdachtslos aufgezeichnet, ohne dass Kriminalität verhindert werden kann.

Dafür werden die Verdrängungseffekte und die Stigmatisierung von Räumen als sogenannte „gefährliche Räume“ verstärkt. Gleichzeitig nimmt an solchen Orten wegen der vermeintlich gegebenen Sicherheitsverstärkung die Zivilcourage ab. Aus diesen Gründen lehnen wir die Video-Überwachung im öffentlichen Raum ab.

Erschwerend kommt in dem Entwurf der Landesregierung hinzu, dass zur Auswertung des gesammelten Materials Künstliche Intelligenz (KI) angewendet werden soll, durch die Bewegungs- und Verhaltensmuster analysiert und sogar eine „automatisierte Nachverfolgung“ von Personen ermöglicht werden soll. Dabei handelt es sich um einen massiven Grundrechtseingriff, der im Widerspruch zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

Algorithmen können fehlerhaft sein und je nach Trainingsmaterial reproduzieren sie rassistische und sexistische Stereotypen, die im grundrechtssensiblen Polizeirecht keinen Platz haben. Hinzu kommt, dass KI-Systeme eine Blackbox sind, ihre Entscheidungsfindung ist kaum objektiv nachvollziehbar oder überprüfbar. Da sie mit Wahrscheinlichkeiten arbeiten statt auf Tatsachen zu beruhen. Es kann nicht sichergestellt werden, dass die KI sogenanntes „gefährliches Verhalten“ verlässlich als solches erkennen kann. Darüber hinaus

bleibt völlig in der Schwebe, was ein solches „gefährliches Verhalten“ überhaupt sein soll. Sind es bestimmte Körperhaltungen oder Bewegungsabläufe, oder das Zusammenstehen in einer Gruppe? Falsche positive und negative Bewertungen von Situationen als Gefahrensituationen sind damit unausweichlich. Die sich aus den Erkenntnissen der KI ergebenden Schlussfolgerung können massive polizeiliche Eingriffe nach sich ziehen, die nicht zu rechtfertigen sind. Zusätzlich stellt sich die Verantwortungsfrage: Wer trägt die Folgen, wenn die Polizei fehlerhafte Entscheidungen basierend auf KI-Ergebnissen trifft? Wir erteilen der Entmenslichung der polizeilichen Entscheidungsfindung eine klare Absage! Video-Überwachung hat keinen realen Nutzen, greift in die unbekümmerte, freie Entfaltung der Menschen ein und widerspricht unserem Verständnis von Demokratie und Freiheit massiv.

3. Einführung von Elektroschockwaffen

Die Landesregierung plant die Einführung von Elektroschockwaffen (sog. Distanzimpulsgeräte) für den polizeilichen Regelbetrieb. Sie sollen durch die Beamten mitgeführt werden, wie sie es etwa bei Schlagstöcken bereits tun. Mittels Drähten mit Widerhaken werden elektrische Impulse in den Körper des Getroffenen geleitet und stellen durch die hochfrequenten Schocks eine ernstzunehmende Belastung für Herz, Nerven und Muskeln dar. Durch so einen Schock blockieren die Muskeln sofort, sodass die betroffene Person zusammenbricht und in Gewahrsam genommen werden kann. Elektroschockwaffen wird nachgesagt, sie seien das mildere Mittel zum Einsatz der Schusswaffe, da sie weniger tödlich seien. Dies ist ein Trugschluss. Häufig treten dabei neben starken Schmerzen und schweren Verletzungen durch den unkontrollierten Aufprall, Orientierungslosigkeit, Kreislaufprobleme oder Muskelrisse auf. Insbesondere bei Menschen mit Vorerkrankungen am Herzen, die unter Medikamenten- oder Drogeneinfluss stehen, zu Panikattacken neigen oder Kreislaufbeschwerden haben, kann die Anwendung von Elektroimpulsen schwere Folgen haben, die lebensbedrohlich sein können. Insbesondere aus den Anwendungserfahrungen in den USA wissen wir, dass es bereits zu hunderten Todesfällen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Tasern gekommen ist. Auch in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen kamen bereits Menschen durch die Anwendung von Tasern im Regelbetrieb durch die Polizei zu Tode.

Außerdem zeigen Studien, dass Polizeibeamte häufiger zur Gewalt neigen, wenn sie ein solches Gerät bei sich führen. Allein der Besitz erhöht das Eskalationspotential. Elektroschockwaffen sind somit kein milderes Mittel, sondern vielmehr ein weiteres Mittel zur Gewaltanwendung gegenüber Betroffenen.

Die Einführung dieses Gerätes erscheint aber angesichts der bisher eher geringen Anwendung durch das Thüringer SEK, das aktuell das einzige zur Nutzung berechnigte Einsatzkommando ist, zweifelhaft. In sieben Jahren wurde das Gerät in nur zwei Fällen angewendet, andere Einsatzmittel wurden in gefährlichen

Situationen vorgezogen. Es bestätigt sich damit auch aus der Praxis, dass zwischen dem Einsatz von Schusswaffen und Schlagstock keine Lücke besteht, sondern viele bereits zulässige Maßnahmen in der Praxis ebenso geeignet und weniger lebensbedrohlich und damit weniger grundrechtsintensiv sind.

4. Einführung von Meldeauflagen bei Verdacht einer Straftat

Die Landesregierung will ermöglichen, dass sich Menschen, gegen die der Verdacht einer begangenen Straftat vorliegt, sich täglich bei der Polizei über die Dauer von bis zu einem Monat melden müssen. Dabei ist es nicht notwendig, dass eine konkrete, vollendete Tat vorliegt – es reicht alleine der polizeiliche Verdacht, dass die betroffene Person aufgrund einer Prognose eine Straftat begehen könnte. Durch die Meldeauflage wäre der Betroffene dann gezwungen, über die Dauer der Auflage in Reichweite der zuständigen Polizeibehörde zu bleiben, wodurch die persönliche Freiheit, insbesondere die Bewegungsfreiheit, betroffen ist. Auch hier handelt es sich um präventives Strafrecht, das im Widerspruch zu unseren rechtsstaatlichen Grundwerten, insbesondere der Unschuldsvermutung, steht. Da der Entwurf ohne einen richterlichen Vorbehalt durchführbar sein soll, steht diese Maßnahme im freien Ermessen der Polizei und ist somit nur in begrenztem Maße kontrollierbar.

5. Einführung von digitaler Rasterfahndung

Die Landesregierung will außerdem ermöglichen, dass die Polizei automatisierte Big-Data-Analyse veranlassen kann, durch die Datenquellen zur Erkennung von auffälligen Mustern zusammengeführt und ausgewertet werden sollen. Dadurch werden die Privatsphäre und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der von der Datenerfassung betroffenen Menschen verletzt. Insbesondere Zeugen von Straftaten oder Kontaktpersonen von Beschuldigten können durch die Datensammlung über den Beschuldigten Teil der Auswertung werden, ohne sich selbst strafbar gemacht zu haben. Dabei wird in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen. Da Betroffene der Datenerfassung über diese allerdings nicht informiert werden, besteht kaum eine Möglichkeit auf effektiven Rechtsschutz, was im Widerspruch zum Grundgedanken des Rechtsstaates steht.

Außerdem erlaubt diese Maßnahme, dass auch öffentliche Quellen für die interne Auswertung genutzt werden dürfen. Dadurch entsteht eine größere Datensammlung, die als Grundlage für polizeiliche Big-Data-Auswertung und Ergebnisinterpretation durch KI-Systeme, wie etwa durch Palantir oder dem hessischen Modell dessen, „hessenData“ dient. Diese ermöglicht die tiefgreifende und umfassende Rasterüberwachung aller Bürger:innen, ohne dass diese strafrechtlich auffällig geworden wären.

Auch wenn der Innenminister, Georg Maier, in Interviews angegeben hat, dass

Palantir in Thüringen nicht zur Anwendung kommen soll, entsprechen die im Entwurf genannten Angabe zur Transparenz, Zweckbindung und Kontrolle eines solchen Systems nicht den Grundsätzen der Normklarheit und Verhältnismäßigkeit, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 2023 nochmal besonders betont und damit dem möglichen Rahmen der Rasterfahndung klare Grenzen gegeben hat.

6. Einführung von Fahndungsinstrumenten zur Gesichtserkennung und zum Stimmabgleich

Die Landesregierung will es der Polizei zukünftig ermöglichen, Fahndungsinstrumente zu nutzen, durch die online Gesichtserkennungen und Stimmabgleiche durchgeführt werden können. Dadurch wird ermöglicht, dass die Polizei auf alle öffentlichen Daten zugreifen darf, um den vermeintlichen Störer ausfindig machen zu können. So werden unzählige unschuldige Personen und ihre öffentlich zugänglichen Daten durchleuchtet, die im von der Polizei verwendeten Datensatz enthalten sind. Durch diese Eingriffsmöglichkeit wäre die digitale Privatsphäre, die durch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung besonders unter Schutz gestellt ist, hinfällig. Außerdem ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die Software, die zur Auslesung der Daten verwendet wird, hohe Fehlerquoten aufweist und rassistische und sexistische Stereotype reproduziert. Weiterhin ist auch hier durch die fehlende Mitteilung über die Durchsuchung und Verwendung der eigenen Daten der effektive Rechtsschutz ausgeschlossen.

7. Einführung von Kennzeichenüberwachung und Erstellung von Bewegungsprofilen

Die Landesregierung will mittels der Novellierung des PAG ermöglichen, dass die Polizei die Kennzeichen von Fahrzeugen automatisiert erfassen darf, um diese anschließend mit den polizeilichen Datenbanken abzugleichen. Dadurch werden tausende unverdächtige Fahrzeughalter:innen jeden Tag erfasst, ohne dass dafür ein Grund besteht. Zwar sollen Daten, die zur Täterfahndung nicht relevant sind, sofort gelöscht werden, allerdings besteht ein nicht von der Hand zu weisendes Missbrauchspotential der dauerhaften und flächendeckenden Überwachung. Erhärtet wird dies dadurch, dass auch hier kein richterlicher Vorbehalt vorgesehen ist, der eine Kontrollinstanz darstellen könnte.